



Lehren aus der Krise (COVID) aus Sicht Kuratorium umfassende Landesverteidigung entsprechend der Verfassung und der ULV vom April 2020

Die aktuelle COVID-19 Krise hat Österreich unerwartet in einer Zeit der allgemeinen vorrangigen Bedeutung des Individuums vor dem Gemeinwohl getroffen. Diskussionen der letzten Jahre und eine Politik der Tagesgeschehnisse anstatt langfristigen strategischen Zielsetzungen haben Österreich verwundbar gemacht. Die traditionelle umfassende Vorsorge der ULV auf gesamtstaatlicher Ebene zur Abwehr von Gefahren wurde durch spezifische, wenig nachhaltige einzelne Teilstrategien abgelöst. Wenngleich der Gedanke der ULV in seiner ursprünglichen Form in der 2013 verabschiedeten ÖSS nicht mehr vorkommt, so kann die allgemeine Formulierung eines angestrebten österreichischen Endzustandes als höchste strategische Zielsetzung oder Vision abgeleitet werden: Österreich soll auch in Zukunft ein sozial ausgeglichener Staat mit wirtschaftlichem Wohlstand, lebenswert und im Rahmen der EU sicherer Staat sein, geleitet von demokratischen Grundwerten. Diese Zielformulierung kann nach wie vor als gültig bewertet werden, verlangt jedoch eine kritische Betrachtung der Anstrengungen der letzten Jahre, welche unternommen wurden, um sie zu erreichen. Nach der Migrationskrise im Jahr 2015 wurde Österreich ein zweites Mal unvorbereitet getroffen. Die übertriebene Bedeutung des Individuums, keinerlei Reservenbildung auf strategischer Ebene, das Ausruhen auf einem scheinbar sicheren Umfeld und viele andere fehlende strategischen Beurteilungen mit Weitblick verlangen nun besonders harte Maßnahmen, um die aktuelle Lage in den Griff zu bekommen. Solche Maßnahmen, welche vermutlich ein Vielfaches dessen kosten, was eine langfristige Vorsorge gekostet hätte, wären vermeidbar gewesen.

Die nachfolgende Betrachtung soll mit Bezug auf die ursprüngliche Gesamtstaatlichkeit der ULV-Lehren für die Zukunft aufzeigen. Allen Betrachtungen der Teilbereiche der ULV soll der eingangs formulierte strategische Endzustand zugrunde liegen.

MLV

Konzepte/Bedrohungsbilder die vorhanden, jedoch nicht gehört bzw. in den letzten Jahren nicht budgetär bedeckt wurden sollten jetzt als Richtschnur dienen.

Autarkie ist das wesentlichste Merkmal unserer Organisation. Diese muss aufrechterhalten bzw. wiedererlangt werden.

Die Aufgabe sämtlicher Reserven, Eigenständigkeit durch Auslagerung von Leistungen, welche in einer Krise Handlungsfreiheit einschränken sollte, wieder verfolgt werden.

Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung ist eine Aufgabe gemäß Verfassung. In der aktuellen Krise sollte hier das Schwergewicht liegen wie z.B. beim Schutz kritischer Infrastruktur oder bei Grenzkontrollen, nicht bei Lagerarbeitstätigkeiten von Handelsketten

Kapazität im Kernbereich muss weiter aufrecht erhalten bleiben – wer garantiert, dass die Krise nicht von Aggressoren ausgenutzt wird bzw. zusätzliche Bedrohungen eintreten. Darüber hinaus könnte die Krise und die verbundenen Schutzmaßnahmen noch lange anhalten, was zu einer angespannten Zivillage führen könnte (siehe wiederum Szenariendokumente unserer verfügbaren Konzepte). Dadurch

könnten sich Aufgaben gemäß lit b. verstärken. Insgesamt sollte das ÖBH jedoch wiederum für seine Kernaufgaben bereitgehalten werden und nicht zur „Kostengünstigen Hilfspolizei“ mutieren.

GLV

Die fehlende Verankerung der letzten Jahrzehnte in der Bevölkerung macht sich nun bemerkbar. Gesamtstaatliches, ressortübergreifendes Handeln sowie Handeln für das Gemeinwohl anstatt nur für das Individuum müssen wieder in den Vordergrund treten. Die allgemeine Vorsorge bzw. Vorbereitung einer gewissen Grundresilienz zu der auch die ULV beiträgt wurde aufgrund Wohlstandssorgen vernachlässigt.

Eine gewisse Gefahr für die GLV und damit verbunden die Geisteshaltung gegenüber dem ÖBH ergibt sich aufgrund der primären Gefahr (Virus), der nicht unbedingt in der Kernaufgabe liegt. Schafft es das ÖBH nicht, aus seinen Kernfähigkeiten (strategisch Denken, Sicherheitsgarant, Gefahrenabwehr von außen, Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit im inneren) zu unterstützen, besteht die Gefahr später in die Bedeutungslosigkeit zu versinken. Bereits jetzt muss der Bevölkerung klar gemacht werden, dass wir in wesentlichen Sicherheitsbereichen das BMI unterstützen, wir z.B. im Bereich Schutz kritischer Infrastruktur das öffentliche Leben unterstützen, und auch bei Ausnutzung der Situation durch Aggressoren von außen (staatlich und nichtstaatlich) handlungsfähig sind. Und das v.a. durch strategisches Denken, welches sich durch Langfristigkeit und Gesamtheitlichkeit auszeichnet und durch Mittel, welche nur das Militär hat.

Der Einsatz der Miliz muss als Bestätigung der Wehrpflicht vermarktet werden. Wäre die Entscheidung damals anders verlaufen würde neben der Gesellschaftlichen Verankerung des Militärs auch die Mannstärke fehlen.

Auf die Bedeutung gesamtstaatlichen, umfassenden und langfristigen Denkens zur Erreichung strategischer Ziele kann nur mehrmals verwiesen werden. Anlassgesetzgebung und Notmaßnahmen dürfen nicht die Zukunft beherrschen. Alleine die Aussage eines Experten der ABCAbw aus dem MaStG, dass die Krise erst mit Auftreten eines Impfstoffes in ca. einem Jahr überwunden sein wird und bis dahin Einschränkungen notwendig sein werden, zeigt, dass Maßnahmen langfristig und gesamtstaatlich gedacht sein müssen.

ZLV

Zivile LV muss auch vor der Krise gelebt und vorbereitet werden. Bsp. Vorträge am Tag der Wehrpflicht 2020

Gemeinwohl muss wieder in den Vordergrund rücken

Hätte man nicht die letzten Jahrzehnte im Bereich der Vorsorge rücksichtslos gespart wären vermutlich Kapazitäten und Fähigkeiten vorhanden, um nicht in der aktuellen Krise zum vollständigen Lockdown zu greifen (z.B. Spitalskapazitäten, usw.)

WLV

Zusammenhang Wirtschaft und Sicherheit kam in der Krise klar zum Ausdruck

Ohne Sicherheit gibt es keine Wirtschaft

In der Krise sind auf einmal zig Mrd. verfügbar die es die letzten Dekaden für Sicherheit und Vorsorge nicht gab

Wären wir jetzt resilienter und hätten besser vorgesorgt, könnten die meisten Betriebe offenhalten, weil wir das Backup in vielen Bereichen hätten z.B. im Gesundheitssystem